

P R e s s e

S P i e g e l

Polen - Pressespiegel 28/2023 vom 13.07.2023

Das finden Sie in dieser Ausgabe

- *Das werden die Wahlen der letzten Chance für die polnische Demokratie sein*
- *Jacek Nizinkiewicz: Im Herbst wird es vielleicht keine Wahlen geben*
- *Die PiS hat einen Gesetzentwurf für ein Referendum vorgelegt. Es geht um Flüchtlinge*
- *Die Ausschüsse des Senats für die Ablehnung des Änderungsantrags vom Präsidenten zu „Lex Tusk“*
- *Tusk spielt, wie es der Gegner erlaubt*
- *Man muss sauber spielen, nicht so, wie es der Rivale erlaubt. Polemik mit Skalski*

Dazu wie immer ein Cartoon von Andrzej Mleczko und zum Schluss mal ein kluger, mal ein dummer Spruch der Woche

Das werden die Wahlen der letzten Chance für die polnische Demokratie sein



Quelle: wyborcza.pl

Ein Kommentar von **Piotr Beniuszys**

Den führenden Oppositionspolitikern bleibt nur wenig Zeit, um nachzudenken und zu begreifen, dass der Wahlkampf 2023 nicht „business as usual“ ist.

Der Vorwahlkampf für die Parlamentswahlen 2023 geht in seine letzte Phase, die Urlaubsphase. Bald, wenn der Wahltermin feststeht, wird der eigentliche Wahlkampf beginnen. Polen stehen einige entscheidende Monate bevor, denn die diesjährigen Wahlen werden höchstwahrscheinlich über die Zukunft des Landes für vielleicht eine ganze Generation entscheiden - entweder werden sie ein Schritt zum Wiederaufbau der Rechtsstaatlichkeit, der liberalen Demokratie und der europäischen Perspektive Polens sein, oder sie werden unser Land in eine Zukunft des Autoritarismus, der Aushöhlung der Freiheiten und der Bürgerrechte in einem geopolitischen Riss an der Kreuzung zweier konkurrierender Zivilisationen stürzen. Wenn letzteres Szenario eintritt, werden dies höchstwahrscheinlich die letzten polnischen Parlamentswahlen sein, die den Charakter freier und kompetitiver Wahlen haben und damit die Voraussetzungen dafür schaffen, dass sie vom herrschenden Lager verloren werden (auch wenn es wahrscheinlich schon jetzt keine Wahlen unter gleichen Bedingungen sein werden).

Wahrscheinlich muss niemand, der die letzten acht Jahre nicht unter einem Felsen liegend oder in einer Höhle verbracht hat, von der Ernsthaftigkeit und dem Einsatz dieses Wahlkampfes überzeugt werden. Umso wichtiger ist es, bei jeder Manifestation von Parteigoismus, dem viele Vertreter der demokratischen Opposition immer noch bereitwillig frönen, die Alarmglocken läuten zu lassen, während ihre Wähler, Bürger, die sich des Ernstes der Lage bewusst sind, nur hilflos über diese Unreife schimpfen. Es fällt

schwer zu glauben, dass das Modell der Opposition in Bezug auf die Wahlen, die Strategie oder die Aufstellung von Wahllisten und -ausschüssen, abgesehen von der Rhetorik, den Charakter von „business as usual“ trägt.

Der Gewinner der Vorkampagne ist die Konföderation

Unterdessen kann der Verlauf des Vorwahlkampfes kaum als Erfolg für die Demokraten gewertet werden. Ja, die Umfragewerte der PiS stagnieren und die Regierungspartei scheint ihre Mobilisierungsreserven verloren zu haben, denn die Unterstützung für sie stagniert, trotz wiederholter Versuche, mit folgenden Themen zu punkten: Transgender, Tusk, Deutsche, Tusk, Veganer, Tusk, Sexualpädagogen, Tusk, LGBT-Menschen, Tusk, Migranten, Tusk, unabhängige Medien, Tusk, Europäische Union, Tusk und Tusk.

Natürlich, es gibt Wählerverschiebungen zwischen den demokratischen Oppositionsparteien, aber das ist ein Null-Summen-Spiel, und schlimmer noch, es birgt das Risiko, Wahlhürden nicht zu erreichen. Der Gewinner des Vorwahlkampfes hingegen ist das Rätsel der polnischen Politik - die Konföderation [rechtsextreme *Konfederacja*] in Sławomir Mentzens überarbeiteter Fassung. Und je höher deren Prozentzahl, desto weniger wissen wir über die Zukunft, die Polen erwartet.

Der Juli ist wegen der Ferienzeit die letzte Gelegenheit für die führenden Oppositionspolitiker, sich zu besinnen. Sie befinden sich in unterschiedlichen Positionen und haben unterschiedliche Sorgen, aber eines ist für jeden von ihnen klar: Der Wahlkampf 2023 ist nicht die Zeit und der Ort, an dem sie nach dem Schema „business as usual“ denken können.

Der Dritte Weg muss die Kollision mit der Wahlhürde vermeiden

Der größte Verlierer des bisherigen Vorwahlkampfes ist der *Dritte Weg* - eine Koalition aus PSL und der Partei von Szymon Holownia. Als Koalition muss sie mehr als 8 Prozent der Stimmen gewinnen, sonst ist sie verloren und ihre Sitze werden von den größten politischen Einheiten übernommen, sodass mehr als die Hälfte an die PiS und die Konföderation gehen wird. Diese Entwicklung schließt wahrscheinlich das Szenario einer demokratischen Oppositionsregierung aus, denn es ist schwer vorstellbar, dass die KO eine Mehrheit nur mit der Linken gewinnt.

Die Hauptverantwortung der Anführer des *Dritten Weges* besteht also darin, zu verhindern, dass ihr Projekt an der Wahlhürde scheitert. Wenn sich die Werte der Koalitionsliste bis Ende Juli nicht verbessern (im Zeitraum April-Juni sind sie von etwa 14 % auf etwa 7 % gesunken), müssen sie ihren Start nach dieser Formel aufgeben und sich für eine Formel mit einer 5 %-Hürde entscheiden. Sie müssen auch bereit sein, ihren Schmollmund, ihre Ambitionen und ihren Groll in einer Schublade zu verstecken und die Idee eines gemeinsamen Starts mit der KO zu überdenken.

Die Versuchungen des Triumphalismus sind gefährlich für die KO

Die KO hingegen muss so schnell wie möglich der Versuchung des Triumphalismus widerstehen. Der Anstieg ihrer Umfragewerte in den letzten Wochen (der zwar spürbar ist, aber keineswegs umwerfend) ging fast ausschließlich auf Kosten der anderen demokratischen Oppositionsparteien, vor allem des *Dritten Weges*. Weder für die KO noch für ihre Führer und schon gar nicht für die Bürger ist eine Verbesserung des KO-Ergebnisses von 29 auf 32 Prozent ein Erfolg, wenn übrigens einer (oder beide) der künftigen Koalitionspartner unter die Wahlhürde fallen. In einem Drei-Parteien-Sejm, in dem nur die PiS und die Konföderation vertreten sind, würde nur ein extremer Zyniker Donald Tusk und seinen Kollegen „viel Spaß“ wünschen.

Die grundlegende Verantwortung der KO-Führer besteht daher darin, sich vor Hochmut und Arroganz zu hüten, die sich aus der endgültigen Bestätigung ihrer Alpha-Position in den Reihen der demokratischen Opposition ergeben könnten. Stattdessen sollte ihr Verständnis von Staatsraison sie dazu bringen, großzügig zu sein, wenn die Führer des *Dritten Weges*, geleitet von ihrer Angst, die Schwelle nicht zu überschreiten, dennoch eine Rückkehr zur Idee einer gemeinsamen Liste fordern. Niemandem, auch nicht den PO-Führern, wäre damit gedient, wenn der *Dritte Weg* eine schwere Niederlage erleidet, die PiS aber

knapp verliert. Wenn jemand aus einem solchen Ergebnis Genugtuung schöpfen würde, wäre es wahrscheinlich die bitterste Genugtuung in der Geschichte der polnischen Politik nach 1989.

Noch mehr, die KO muss über den Tellerrand schauen. Wenn der *Dritte Weg* getrennt zur Wahl geht - und im Moment deutet alles darauf hin - und kurz vor der Abstimmung zeigen seine Umfragen, dass er an der Wahlhürde balanciert, dann sollte KO-Chef Donald Tusk vielleicht an seine Anhänger appellieren, am Wahltag den *Dritten Weg* zu wählen, als „Leihstimmen“ für den KO-Koalitionspartner. Diese Methode haben Willy Brandt von der SPD und Helmut Kohl von der CDU 1972 bzw. 1983 angewandt, als ihr Koalitionspartner FDP an der Hürde zu scheitern drohte und dadurch die Macht verloren gegangen wäre. Brandt und Kohl waren Staatsmänner und ihre Strategie hatte in beiden Fällen den gewünschten Effekt. Die FDP zog „auf Pump“ in den Bundestag ein und regierte eine weitere Legislaturperiode entweder mit Brandt oder Kohl. Ich möchte glauben, dass Donald Tusk heute nicht weniger ein Staatsmann ist. Gerade sein politischer Lebenslauf auf der Seite der demokratischen Opposition prädestiniert ihn für eine solche Weitsicht.

Alles tun, um zu verhindern, dass eine Koalition aus PiS und Konföderation regiert

Und schließlich die vielleicht schwierigste und heikelste Frage: Da der Wahlkampf bald in die entscheidende Phase eintritt, steht die demokratische Opposition vor einem Dilemma: Welche Beziehung soll sie zur Konföderation aufrechterhalten? Wie die ungarischen Demokraten, die die nationalistische Jobbik in ihre Reihen aufgenommen haben, könnten die polnischen Demokraten mit der Aussicht konfrontiert werden, dass es der Koalitionspartner der Konföderation sein wird, der Polen nach Oktober regieren wird. Und dann wird es nur eine Möglichkeit geben: zu verhindern, dass dieser Koalitionspartner die PiS ist.

Es liegt in der grundsätzlichen Verantwortung der Führer aller demokratischen Parteien, insbesondere auch der Linken, die hier zu Recht die größte und tiefste Dissonanz empfindet, die äußerst schwierige Perspektive einer von der Konföderation tolerierten oder gar beteiligten Regierung nicht von vornherein auszuschließen. Dies in der Wahlkampfphase nicht von vornherein auszuschließen, sollte vertrauliche Konsultationen zwischen den Führern der KO, der Linken und des *Dritten Weges* einschließen, um zu erörtern, unter welchen Bedingungen eine solche Zusammenarbeit ins Spiel kommen könnte, wie man das, was die demokratischen Wähler zu Recht als „Toxizität“ der Konföderation wahrnehmen, narrativ und realistisch neutralisieren kann, wie man akzeptable Elemente des Programms der Konföderation für das übergeordnete Ziel der Wiederherstellung der Rechtsstaatlichkeit und der Entfernung der PiS-Clique aus den staatlichen Institutionen herauskitzeln kann, wie man die „verdaulichen“ Führer der Partei dazu bringen kann, einige ihrer extremen Politiker an den Rand zu drängen. Artur Dziambor ist bereits außerhalb der Konföderation, aber seine politischen Materialien lesen sich manchmal wie Wegweiser in Richtung von Räumen, in denen es Perspektiven für eine politische Zusammenarbeit gibt, die bisher nicht bedacht wurden, aber vielleicht bedacht werden sollten...

Denn demokratisch gesinnten Polen stehen heiße Monate bevor. Und das keineswegs nur wegen des Wetters.

Zsfg.: AV

<https://wyborcza.pl/7,75968,29946465,to-beda-dla-polskiej-demokracji-wybory-ostatniej-szansy.html>



www.mleczko.pl

**SIE WERDEN GLEICH ZURÜCK SEIN.
WIR MÜSSEN AUF UNSEREN PLATZ GEHEN**

Zsfg.: JP

Mehr Informationen über den Künstler findet man auf den offiziellen Seiten:
<http://www.mleczko.pl/> und <http://www.sklep.mleczko.pl/>

Jacek Nizinkiewicz: Im Herbst wird es vielleicht keine Wahlen geben



Quelle: rp.pl

Die PiS deutet zunehmend die Möglichkeit eines Ausnahmezustands an, wodurch die Wahlen verschoben werden könnten. Die Opposition behauptet, dies sei die Reaktion der Regierung auf die sich verschlechternden Wahlergebnisse.

Von **Jacek Nizinkiewicz**

„Aufgrund der Präsenz der Wagner-Gruppe in Weißrussland wurden Entscheidungen getroffen, um unsere Verteidigung an der Ostgrenze zu verstärken“, sagte Jaroslaw Kaczynski auf einer Konferenz im Büro des Premierministers. Piotr Müller, Sprecher der Regierung, sagt, dass „im Moment keine Diskussion über die Einführung des Ausnahmezustands in den Grenzregionen stattfindet“. Er schließt aber eine solche Möglichkeit zu einem späteren Zeitpunkt nicht aus. Was bedeutet das für uns?

Die Verhängung des Ausnahmezustands nach Artikel 230 der polnischen Verfassung käme einer Verschiebung der Parlamentswahlen gleich. Alles, was man braucht, ist ein Vorwand. Diesen lieferte kürzlich Jewgeni Prigoschin, der die polnischen Behörden, die sich um die Sicherheit an der polnisch-weißrussischen Grenze sorgen, in Alarmbereitschaft versetzte, trotz seiner Ankündigung, dass die Wagner-Gruppe, die ihm gehört, zum 1. Juli aufgelöst wird. Die PiS hatte bereits zuvor den Ausnahmezustand ins Gespräch gebracht.

Im Jahr 2021 hat die Partei im Sejm das Verfahren zur Verlängerung des Ausnahmezustands ausgearbeitet. Zu Beginn des Jahres schlug die Regierung Alarm, indem sie an der Grenze zu Russland stählerne Igel errichtete, obwohl bei einer realen Bedrohung technische Dämme gebaut werden sollten. Im Februar wurde die Alarmstufe erhöht, obwohl der US-Präsident und der NATO-Generalsekretär bei ihrem

jüngsten Besuch in Polen nicht signalisiert hatten, dass eine Aggression Russlands und Weißrusslands gegen Polen drohe. Im September sagte Präsident Kaczyński, dass „man damit rechnen muss, dass auch für uns eine Zeit des Krieges kommen wird“.

Obwohl Präsident Andrzej Duda und Premierminister Mateusz Morawiecki nach dem gescheiterten Putsch von Prigoschin beteuerten, dass die Situation in Russland die Sicherheit Polens nicht beeinträchtigt, änderte der Vorsitzende der PiS wenige Tage später seine Meinung, und der Premierminister warnte auf dem Gipfel des Europäischen Rates am Donnerstag, dass „ein Angriff auf Europa im Gange ist“ und „die Grenzen nicht sicher sind“.

In einer Kriegssituation in der Ukraine sollte die Sicherheit die Priorität des polnischen Staates sein, aber sie darf nicht vor den Wahlen ausgespielt und für Parteiinteressen genutzt werden. Die Tatsache, dass die PiS den Ausnahmezustand einführen könnte, um die Parlamentswahlen zu verschieben, wird seit Langem von Politikern der Bürgerkoalition, der Linken, der PSL, *Polen 2050* und der *Konfederacja* diskutiert.

Die PiS verliert an Unterstützung und hat keine Ahnung, wie sie den negativen Umfragetrend ändern soll. Die aufeinanderfolgenden Vorschläge des neuen Wahlstabs verpuffen im Nichts.

Laut der jüngsten Ipsos-Umfrage will genau einer von drei Polen die PiS wählen. Der Vorsprung der Vereinigten Rechten vor der Bürgerlichen Koalition ist geschrumpft.

Der Ausnahmezustand könnte funktionieren. Seine Einführung im Jahr 2021 im Zusammenhang mit der Situation im polnisch-weißrussischen Grenzgebiet, wo eine Gruppe von Flüchtlingen kampierte, wurde in einer Umfrage von SW Research für rp.pl von 38,5 Prozent der Befragten positiv, von 30,1 Prozent negativ und von 31,4 Prozent der Befragten gar nicht bewertet.

Je mehr ein Sieg der PiS im Herbst bedroht wird, desto wahrscheinlicher wird es, dass im Oktober der Ausnahmezustand verhängt wird.

In einer bedrohlichen Situation scharft sich die Gesellschaft um die Machthaber (der so genannte Fahnen effekt). Nur die PiS könnte von einer Verschiebung der Wahlen profitieren. Ein teuflischer Plan, aber ein lohnendes Spiel für die Partei von Jarosław Kaczyński, die an der Macht bleiben will. Es ist unmöglich, ihn zu ignorieren.

Zsfg.: JP

<https://www.rp.pl/opinie-polityczno-spoleczne/art38678411-jacek-nizinkiewicz-wyborow-moze-nie-byc-jesienia>

Die PiS hat einen Gesetzentwurf für ein Referendum vorgelegt. Es geht um Flüchtlinge



Quelle: wyborcza.pl

Von **Wojciech Czuchnowski**

Das von der PiS angekündigte Referendum über die Relocation von Flüchtlingen aus anderen EU-Ländern nach Polen soll am Tag der Parlamentswahlen abgehalten werden. Die Ausschüsse – Wahl- und Referendumskomitee – sollen zu gleichen Zeiten arbeiten – von 7 bis 21 Uhr.

Die Wyborcza hat als Erste darübergeschrieben, dass die PiS das Referendum mit den Parlamentswahlen verbinden will.

Damals wollten die Politiker der Regierungspartei diese Informationen nicht ausdrücklich bestätigen. Sie sagten nur, dass ein Referendum am Wahltag eine „wünschenswerte“ Konfiguration wäre. Nun hat eine Gruppe von Abgeordneten der PiS diesen Vorschlag in den Sejm eingebracht, wodurch er umsetzbar wird. Es handelt sich um eine Änderung des Gesetzes über das nationale Referendum. Sie enthält geringfügige Änderungen, die es im Falle ihrer Annahme ermöglichen, das Referendum zusammen mit den Parlaments-, Präsidentschafts- oder Abgeordnetenwahlen abzuhalten. Die Änderungen bestehen lediglich darin, dass beide Abstimmungen zur gleichen Zeit stattfinden, obwohl die Referendumskommission in einem separaten Raum arbeiten muss (dies kann im gleichen Gebäude sein). Auch die Wahlbezirke sind dieselben.

Der PiS-Vorsitzende Jarosław Kaczyński hat ein Referendum darüber angekündigt, ob man der Relocation von Flüchtlingen aus anderen EU-Ländern nach Polen zustimmen soll oder nicht. Dies soll dem Regierungslager bei den Wahlen zum Sejm und zum Senat als Wahlkampftreibstoff dienen. Wie wir berichteten, hat die PiS Untersuchungen angestellt, die zeigen, dass das Referendum bis zu ca. 1 Million zusätzliche Wähler bringt. Und diejenigen, die gegen die Relocation stimmen werden, werden gleichzeitig die PiS unterstützen.

Die PiS stört sich nicht daran, dass Polen als ein Land, das mit der Aufnahme der Flüchtlinge aus der Ukraine überlastet ist, dazu nicht verpflichtet ist, zusätzliche Flüchtlinge aufzunehmen. Daran hat die EU-Flüchtlingskommissarin am vergangenen Freitag erinnert. Vergeblich. Obwohl es keine derartigen Pläne gibt, erschrecken uns die Regierungspropaganda und die verantwortlichen Politiker seit drei Wochen mit Visionen von Hunderttausenden „kulturfremden“ Migranten, die wir nach dem Willen der EU aufnehmen sollen. Dabei werden die Migranten als Eindringlinge dargestellt, die polnische Familien, Frauen und die katholische Religion bedrohen.

Ersten Berechnungen zufolge dürfte das Referendum rund 100 Millionen PLN kosten.

Der von der PiS vorgelegte Entwurf sieht vorerst keine Referendums-Fragen vor.

Zsfg.: JP

https://wyborcza.pl/7,75398,29933988,pis-zlozyl-projekt-ustawy-o-referendum-chodzi-o-uchodzcow.html#S.embed_link-K.C-B.1-L.7.zw

Die Ausschüsse des Senats für die Ablehnung des Änderungsantrags vom Präsidenten zu „Lex Tusk“



Quelle: [tvn24.pl](https://www.tvn24.pl)

Die Senatsausschüsse stimmten gegen die vom Präsidenten vorgeschlagene Änderung des als „Lex Tusk“ bekannten Gesetzes, das die Einrichtung einer Kommission zur Untersuchung der russischen Einflussnahme vorsieht.

Der Gesetzgebungsausschuss und der Ausschuss für Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit und Petitionen befassten sich am Donnerstag mit dem Gesetzentwurf zur Änderung des Gesetzes über die Staatliche Kommission zur Untersuchung russischer Einflüsse auf die innere Sicherheit der Republik Polen im Zeitraum 2007-2022 und einiger anderer Gesetze. Sie haben sich dagegen entschieden.

Wie das Informationszentrum des Senats mitteilte, erklärte der Vorsitzende des Gesetzgebungsausschusses, Senator Krzysztof Kwiatkowski, dass der Änderungsantrag des Präsidenten [Duda] das Gesetz nicht in seiner Gesamtheit verbessere, da er nicht alle verfassungswidrigen Bestimmungen korrigiere. Kwiatkowski wird in der Senatssitzung der Berichterstatter für den Gesetzentwurf sein.

Während des Treffens forderte Senator Stanisław Gawłowski das Präsidialamt auf, die Stellungnahmen vorzulegen, auf deren Grundlage Präsident Andrzej Duda beschloss, das Kommissionsgesetz zu unterzeichnen und anschließend eine Gesetzesinitiative zu dessen Änderung zu ergreifen.

Das Legislativbüro des Senats, so heißt es in der Mitteilung, kam zu dem Schluss, dass „der Änderungsantrag an sich keine technischen und legislativen Einwände aufwirft“.

„Das geänderte Kommissionsgesetz wird trotz seiner Änderungen weiterhin mit zahlreichen Mängeln behaftet sein, die die Rechtsordnung der Republik Polen zerstören. Es sollte daher in seiner Gesamtheit aus der polnischen Rechtsordnung entfernt werden. Eine entsprechende Änderung durch den Senat würde jedoch über den verfassungsrechtlich zulässigen Rahmen hinausgehen und eine Umgehung der Bestimmungen über die Art und Weise der Arbeit an einem Gesetzentwurf im Sejm und über die Gesetzgebungsinitiative des Senats darstellen“, bewertete das Büro.

Ein Änderungsantrag, um „die Leute hinters Licht zu führen“

Zu dem Gesetz wurden zahlreiche Rechtsgutachten erstellt, in denen verschiedene Aspekte der vorgeschlagenen rechtlichen Lösungen negativ bewertet wurden. Zu den Verfassern gehörten Prof. Teresa Gardocka, SWPS Universität, Prof. Marcin Matczak, Warschauer Universität, Prof. Ryszard Piotrowski, Warschauer Universität, Prof. Artur Nowak-Far, Warschauer Wirtschaftshochschule, Ombudsmann Marcin Wiącek, Helsinki Stiftung für Menschenrechte. Stellungnahmen wurden auf der Sitzung von Prof. Marek Chmaj, Vorsitzender des Beraterteams für die Kontrolle der Verfassungsmäßigkeit von Gesetzen beim Präsidenten des Senats der 10. Wahlperiode, Dr. Hanna Machińska, stellvertretende Ombudsfrau von 2017 bis 2022, Prof. Mirosław Wyrzykowski, Institut für öffentliche Angelegenheiten, abgegeben.

In diesen Stellungnahmen wird darauf hingewiesen, dass der Änderungsantrag „darauf abzielt, die Menschen hinters Licht zu führen“, ohne den Sinn des Gesetzes selbst zu ändern, und dass er ein klassisches Beispiel für Ablenkung ist. Es wurde auch darauf hingewiesen, dass „er nicht nur verfassungswidrig ist, sondern auch mit dem EU-Recht (einschließlich der Charta der Grundrechte und der Europäischen Menschenrechtskonvention) unvereinbar ist“, heißt es in der Mitteilung.

Der Sejm nahm den Änderungsvorschlag des Präsidenten zu dem Gesetz am 16. Juni an. Der Änderungsentwurf wurde dem Sejm am 2. Juni vorgelegt, nur wenige Tage nachdem der Präsident das ursprüngliche – auf Initiative von der PiS geschaffene und „Lex Tusk“ genannte – Gesetz über die Einsetzung einer Kommission zur Untersuchung des russischen Einflusses auf die innere Sicherheit Polens zwischen 2007 und 2022 unterzeichnet hatte.

Zsfg.: JP

<https://tvn24.pl/polska/lex-tusk-senackie-komisje-za-odrzuceniem-prezydenckiej-nowelizacji-ustawy-ktora-powoluje-komisje-do-zbadania-wplywow-rosyjskich-7206785>

Tusk spielt, wie es der Gegner erlaubt



Quelle: wyborcza.pl

Ein Kommentar von **Ernest Skalski**

Das ist es, was Kazimierz Górski, der Trainer des Jahrtausends, lehrte - dass man so spielt, wie es der Gegner zulässt.

Im gegnerischen Feld sein und ein Tor schießen. Diese Taktik wird von Tusk gekonnt eingesetzt. Als Kaczyński mit 800 plus Kindergeld ankam, antwortete Tusk: Das prüfe ich. Bis zu einem gewissen Grad ist das der Grund, warum sich diese 800 plus nicht durchgesetzt haben.

Kaczyński wird mit Sicherheit ein sinnloses Referendum über die Umsiedlung von Einwanderern durchführen, weil es Menschen anziehen wird, die ihn vielleicht nicht mögen, aber große Angst vor farbigen Menschen haben. Diese Wähler werden nun sehen, wie Tusk beweist, dass es die PiS ist, die massenhaft Farbige zu ihnen bringt, und dass dies gefährlich sein könnte, siehe Frankreich. Das wird Kaczyński ein paar Prozent wegnehmen und vielleicht wird er ein paar dazugewinnen.

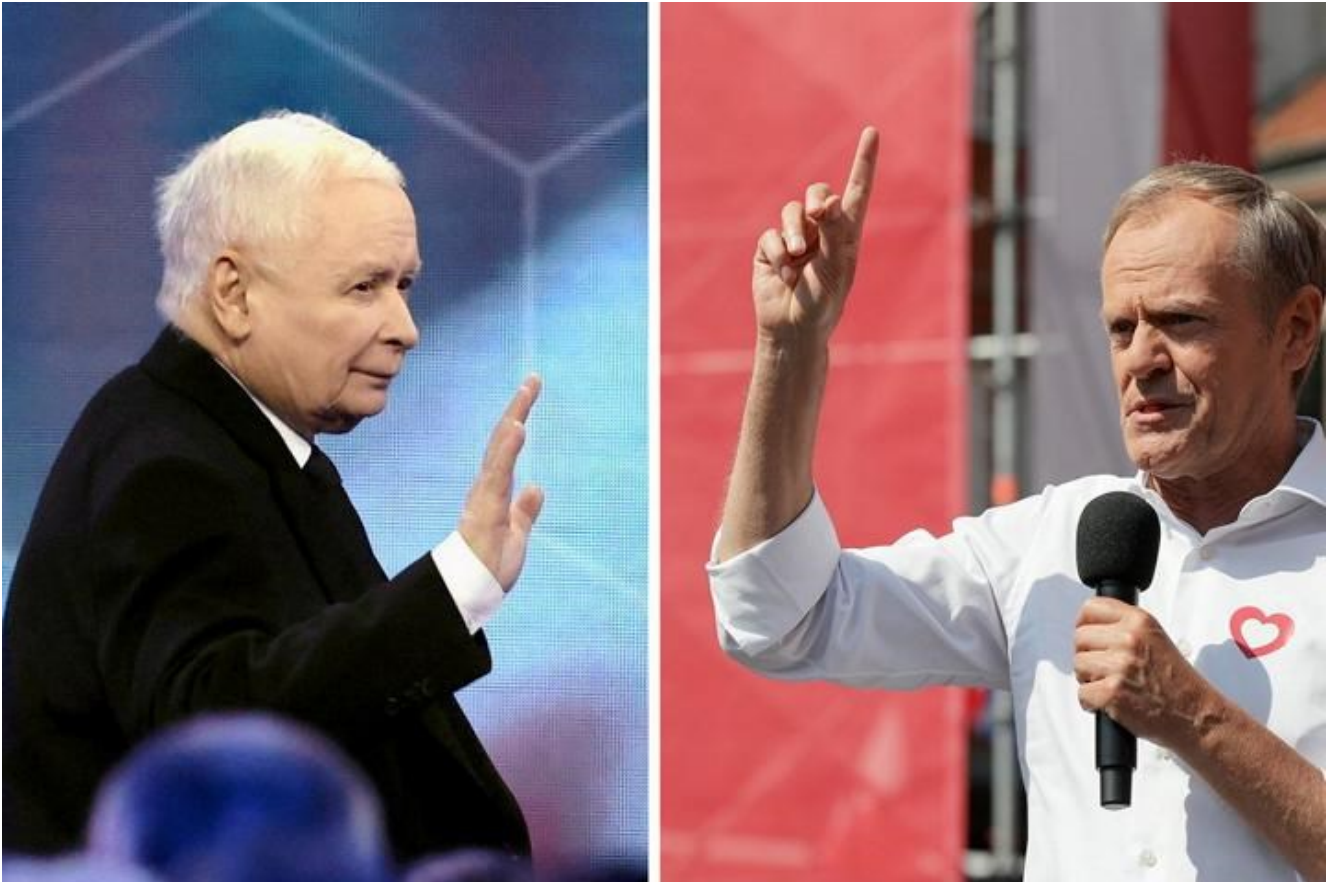
Demokratische Kommentatoren, von Mencwel bis Chrabota, sind empört, weil Tusk unelegant handelt. In der Tat. Aber Kazimierz Górski, der Trainer des Jahrtausends, lehrte, dass man so spielt, wie es der Gegner erlaubt.

Wenn du also um alles spielst und der Anführer den Angriff auf das Tor einleitet, auch wenn es nicht schön ist, gibst du ihm den Ball und stellst ihm kein Bein.

Zsfg.: AV

https://wyborcza.pl/7,75968,29936192,tusk-gra-jak-przeciwnik-pozwala.html#S.embed_link-K.C-B.1-L.1.zw

Man muss sauber spielen, nicht so, wie es der Rivale erlaubt. Polemik mit Skalski



Quelle: wyborcza.pl

Ein Kommentar von **Jacek Żakowski**

„Wenn du also um alles spielst und der Anführer den Angriff auf das Tor einleitet, auch wenn es nicht schön ist, gibst du ihm den Ball und stellst ihm kein Bein“, schreibt Ernest Skalski in einem Kommentar und kommentiert damit die Kritik an Donald Tusks Video über Migranten. Lieber Ernest. Der Punkt ist, dass Tusks Stil, wie immer, perfekt war. Stark, unmissverständlich, voller aufrüttelnder Emotionen. Nur das Ziel war falsch. Was raten Sie, wenn Ihr Anführer, der um alles spielt, perfekt auf sein eigenes Tor schießt?

Die Geschichte wiederholt sich. Als 2015 tausende von Menschen im Mittelmeer ertranken und die PiS erstmals eine Anti-Flüchtlings-Hysterie auslöste, machte die PO genau denselben Fehler. Anstatt zu beruhigen und die Lügen der populistischen Panikmache zu entlarven, gab Premierministerin Ewa Kopacz der PiS-Hysterie recht, indem sie uns sagte, dass sie nur 10-12.000 Flüchtlinge aufnehmen würde, und damit seien sie als Masse nicht gefährlich. Als ob alle Flüchtlinge von Natur aus bedrohlich seien, aber die Regierung sie klein genug machen würde, um sie zu neutralisieren.

Als polnische Dienste gegen polnisches und internationales Recht verstießen, was zum Tod von Flüchtlingen an der belarussischen Grenze führte, erklärte Donald Tusk, anstatt die schändliche, unmenschliche Behandlung von zivilen Kriegsopfern durch die polnische Uniform zu verurteilen, dass Polen immer zu ihrer Uniform stehen, was die PiS-Gesetzlosigkeit moralisch und politisch legitimierte. Auf dem Höhepunkt des Kampfes um die Rechtsstaatlichkeit in Polen war das ein schockierender Freispruch für die PiS, indem man zugab, dass das Gesetz so lange gilt, wie es Behörden genehm ist.

Natürlich ging es Kopacz und Tusk wahrscheinlich nicht darum, aber in der Politik ist man für die Auswirkungen verantwortlich, nicht für die Absichten. Die Auswirkung wiederum war, dass dem populistischen, fremdenfeindlichen PiS-Narrativ von den furchterregenden Flüchtlingen, das die PO-Führer in abgeschwächter Form übernehmen, Glaubwürdigkeit verliehen wurde.

Das berühmteste Beispiel für eine selbstmörderische Annäherung an Populisten ist Premierminister Cameron, der Nigel Farages Forderung nach einem Austritt aus der Europäischen Union vereiteln wollte und deshalb öffentlich den Brexit eine mögliche Option nannte, in dem Glauben, dass er nicht zustande kommen würde. Er hat eine schwere Niederlage erlitten und das Land im Chaos versinken lassen. In ähnlicher Weise hat die PO 2005 verloren, weil sie auf einem rechtspopulistischen Zug nicht gegen die PiS gewinnen konnte. Und sie gewann 2007 und 2011, als sie am demokratischen Liberalismus festhielt und den Rechtspopulismus kritisierte. Und sie verlor 2015, als sie populistische Narrative normalisierte. Komorowskis Niederlage wurde durch die Idee eines Referendums besiegelt, ein Flirt mit dem Populismus von Kukiz.

Joe Biden hat einen anderen Weg gewählt. Er gewann gegen Donald Trump, indem er konsequent an seiner zentristischen demokratischen Agenda festhielt. In der Tschechischen Republik hat Petr Pavel auf diese Weise gewonnen. In ähnlicher Weise lassen Spanier, Kanadier, Iren und Deutsche trotz der Massenmigration die Populisten in der Ecke stehen. Nicht weil sie deren Phobien übernehmen, sondern weil seriöse Parteien dort ihre demokratische Identität bewahren.

Populismus ist keine gute Antwort auf Populismus. Wenn man in den Wettbewerb im Treten gegen ein Pferd antritt, kann man kaum auf Erfolg hoffen. Selbst wenn man elegant, maßvoll und präzise tritt, kann man die Öffentlichkeit nur davon überzeugen, dass Treten an sich cool ist, so dass es keinen Grund gibt, sich über den Treter zu ärgern. Und dann bekommt man einen astronomischen Tritt und liegt anschließend auf der Matte. Ich glaube nicht, dass es bei unserem „Spiel um alles“ darum geht.

Zsfg.: AV

<https://wyborcza.pl/7,75968,29942729,trzeba-grac-czysto-a-nie-tak-jak-rywal-pozwala-polemika-ze.html>

ZITAT DER WOCHE



Quelle: [tvn24.pl](https://www.tvn24.pl)

"Im Vergleich zu unserer Rechten wirken selbst die italienischen Postfaschisten zivilisiert und normal."

Marek Migalski - Neuropolitologe an der Schlesischen Universität in Katowice. Mitglied des Europäischen Parlaments von 2009 bis 2014 (gewählt über die Liste der PiS).

Quelle: https://twitter.com/mmigalski/status/1676622077325877248?t=kcXO-cKi4zbYMCML_YP6xw&s=19

zdf.de

Gefahr für Fische in Oder: "Die Alge ist jetzt schon im System"

<https://www.zdf.de/nachrichten/panorama/fisch-fluss-oder-fischsterben-umwelt-100.html>

arte.tv

Das rechte Leben - Eine Jugend in Polen

<https://www.arte.tv/de/videos/106706-000-A/das-rechte-leben-eine-jugend-in-polen/>

euroactiv.de

Polen will Referendum über EU-Migrationspakt abhalten

<https://www.euractiv.de/section/europa-kompakt/news/polen-will-abstimmung-ueber-eu-migrationspakt-halten/>

deutschlandfunk.de

Brüssel kritisiert Polen und Ungarn

<https://www.deutschlandfunk.de/bruessel-kritisiert-polen-und-ungarn-102.html>

sueddeutsche.de

Pistorius drängt in Polen auf Lösung für Panzerreparaturen

<https://www.sueddeutsche.de/politik/verteidigung-pistorius-draengt-in-polen-auf-loesung-fuer-panzerreparaturen-dpa-urn-newsml-dpa-com-20090101-230703-99-266240>

DEKODER auf Deutsch

<https://dekoder.com.pl/deutsch-artikel/>

DIALOG FORUM – Perspektiven aus der Mitte Europas

<https://forumdialog.eu/>

POLEN und wir – älteste Zeitschrift für deutsch-polnische Verständigung

<http://www.polen-und-wir.de/>

REDAKTION:

kontakt@mitte21.org

Christel Storch-Paetzold

Jerzy Paetzold | Andreas Visser | Krzysztof Wójcik